

Früchte des Zorns

Der wachsende Maisanbau sorgt für Streit in ländlichen Kirchengemeinden

HELGE BUTTKEREIT

Immer mehr Landwirte setzen auf die Produktion von Biogas aus Maispflanzen. Das sorgt für sichere Einnahmen und stets verfügbaren Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Gleichzeitig drohen aber riesige Monokulturen, die die Artenvielfalt bedrohen und die Pachtpreise in die Höhe treiben. Der Journalist Helge Buttkeireit beschreibt die Probleme, die diese Entwicklung auch für die Kirche mit sich bringt.

Erntezeit im Norden Schleswig-Holsteins unweit der Ostsee. Vierzehn Reihen Mais schafft der große Häcksler in einer atemberaubenden Geschwindigkeit. Er startet, setzt an und wenige Sekunden später wirft er die Silage in den Hänger, der nebenher fährt. Mähernte ist Fließbandarbeit. Der nächste Traktor mit Hänger wartet und fährt meist schon hinterher. Bloß keine Wartezeit. Die Arbeitszeit der riesigen Maschine mit über 1000 PS und die Arbeitszeit der Kolonne von Traktoren, die für den Abtransport der Silage sorgen, ist teuer. Da darf nichts schief gehen. Die Fahrer auf Traktor und Häcksler stimmen sich per Funk ab, die Fahrer auf den Traktoren klären ab, dass sie sich nicht an den Engpässen der Straße begegnen. Wo schon der normale Autofahrer auf der Straße fast im Graben sitzt, wenn ihm auf den engen Wegen ein Zug mit Traktor und Silowagen entgegen kommt, können zwei Gespanne kaum einander passieren. In vielen Orten gibt es zur Mähernte deshalb Einbahnstraßen. Eine Strecke hin zur Biogasanlage, eine zurück zum Feld.

Der immense Zuwachs von Maisfeldern ist eine Folge des Biogas-Booms, den die Politik ausgelöst hat. Denn der Mais wird in Biogasanlagen vergoren, und das Gas kann zur Stromerzeugung genutzt werden. 2004 wurde die Förderung von nachwachsenden Rohstoffen

in Biogasanlagen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz der rot-grünen Bundesregierung verstärkt. Damals stand auf etwa 1,7 Millionen Hektar Land in Deutschland Mais. Heute sind es 800 000 Hektar mehr. Dieser Zuwachs entspricht etwa der Hälfte der Fläche Schleswig-Holsteins. Dort sind in einigen Landkreisen bereits mehr als 50 Prozent der Äcker mit Mais bepflanzt.

Doch der Boom hat seine Schattenseiten. Die bis zu vier Meter hohen Pflanzen behindern die Sicht, die Erntefahrzeuge belasten den Straßenverkehr und Umweltschützer sorgen sich um Schäden in der Natur. Bürgermeister und Anwohner kritisieren zudem, dass die riesigen Erntemaschinen die Straßen kaputtfahren. Dazu kommt die Warnung vor einer Monokultur auf deutschen Feldern.

Doch auch energiepolitisch ist die Stromerzeugung aus Mais umstritten. Zwar ist eine Biogasanlage anders als Windräder und Solarkraftwerke grundlastfähig, liefert also auch dann Strom, wenn keine Sonne scheint und der Wind nicht weht. Aber der Aufwand ist enorm.

Das weiß auch Joachim Puschmann, Bürgermeister von Bramstedtlund im Norden Schleswig-Holsteins, wo schon jetzt fast nur noch Mais auf den Feldern steht. Mit zwei Nachbargemeinden plant sein Dorf einen Windpark auf einer Fläche von 280 Hektar, wobei unter den Anlagen weiterhin Landwirtschaft betrieben werden kann. Um den Strom, der dort einmal erzeugt werden wird, mit Biogas zu produzieren, bräuchte es allein 72 entsprechende Anlagen von bis zu 500 Kilowatt Leistung, die jeder Landwirt derzeit ohne Genehmigung der Heimatgemeinde aufstellen darf. „Dafür sind gut 20 000 Hektar Mais nötig“, sagt Puschmann. „Das ist irre.“

Dabei steht er der neuen Entwicklung in der Landwirtschaft gar nicht einmal so kritisch gegenüber, zumal sein Sohn Michael auf dem eigenen Hof

ebenfalls eine Anlage betreibt. Für den Landwirt ist das eine sichere Einnahmequelle, da der Abnahmepreis für den Strom aus den Anlagen über zwanzig Jahre garantiert ist. Aber die möglichen Langzeitfolgen der Monokultur machen auch Puschmann Sorgen. Unter anderem drohen der Maiszünsler und der Maiswurzelbohrer. Das sind zwei Schädlingearten, die sich gerade bei der massiven Zunahme des Maisanbaus immer weiter ausbreiten könnten. Der Agrarkonzern Monsanto hat schon die passende Antwort parat: MON810, eine gegen den Zünsler resistente Pflanze.

Alarm in der Kirche

Zwar ist diese Maissorte auf Deutschlands Äckern derzeit nicht erlaubt. Dennoch alarmiert die Gentechnik auch die Kirchen. „Gibt es keine Fruchtfolge, so kommt das Thema sehr schnell hoch“, sagt beispielsweise Pastor Karl-Heinz Friebe, der in der hannoverschen Landeskirche als Referent für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft arbeitet. „Wir haben den Kirchengemeinden empfohlen, den Anbau und die Aussaat von gentechnisch veränderten Pflanzen in den Pachtverträgen zu untersagen.“ Denn selbst wenn es immer weniger Landwirte gibt und damit auch immer weniger von ihnen in den Kirchenvorständen aktiv sind, stehen durch das Kirchenland viele Gemeinden in ländlichen Regionen vor der Frage, wie sie mit den rasanten Entwicklungen in der industrialisierten Landwirtschaft umgehen sollen. Bei der Vorgabe, Gentechnik auf dem Kirchenacker zu verbieten, tun sich die Gemeinden noch leicht. Der Umgang mit den anderen Problemen des Mais- und Biogasbooms ist dagegen schwieriger.

Der niedersächsische Landkreis Rotenburg südlich von Hamburg ist eine der Regionen, in der besonders viele Biogasanlagen stehen. 125 waren es im vergangenen Herbst, bis Ende 2011 soll-

ten es 150 sein. Auf mehr als 50 Prozent der Ackerfläche steht Mais. Im Kirchenkreis sorgt das Thema für grundsätzliche Diskussionen. „Dabei geht es um die Frage der Konkurrenz zwischen der Nutzung des Landes für die Nahrungsmittel- und die Energieproduktion“, sagt Rotenburgs Superintendent Hans-Peter Daub. In Rotenburg habe sich bereits ein Kirchenkreistag mit ethischen Gesichtspunkten beim Umgang mit dem Land beschäftigt.

Vor Ort ist aber ein anderes Thema derzeit fast noch dringlicher. „Der

Die Landwirte sorgen sich, durch die evangelische Kirche an den Pranger gestellt zu werden.

Biogasboom verteuert das Land unheimlich.“ Wie sich die Kirchengemeinden, die Land zu verpachten haben, in so einer Situation positionieren, ist noch unklar. Sie könnten zum Beispiel den Pachtpreis für Kirchenland an die Frucht koppeln, die auf der Fläche angebaut wird. Bei Anbau von Getreide oder Kartoffeln müsste dann beispielsweise weniger gezahlt werden, als wenn Energiemais auf den Feldern wächst, erläutert Daub. Aber solche Konzepte sind noch nicht zu Ende gedacht. Zumal das Grundproblem für den Superintendenten ein ganz anderes ist: „Der Landwirtschaft sind von außen Konflikte aufgezwungen worden, weil es keine auskömmlichen Nahrungsmittelpreise gibt.“ Deswegen suchten die Landwirte andere Einnahmequellen, wie zum Beispiel das Biogas. „Bei den Landwirten herrscht große Nervosität“, sagt Daub mit Blick auf die kritischen Diskussionen in den Gemeinden. Sie sorgten sich, dass sie auch durch ihre eigene Kirche an den Pranger gestellt werden könnten.

Bei der EKD kümmert sich Clemens Dirscherl um die Probleme und Chancen der Biogasanlagen. Der Beauftragte für agrarsoziale Fragen nennt drei ethische Bereiche, die in dieser Frage von Bedeutung sind. Zunächst die Schöpfungsethik: Die Umwelt- und insbesondere Wasserbelastung müsse ebenso im Blick behalten werden wie die verstärkte Bodenerosion und die Gefährdung der Artenvielfalt. Wo bereits 50 Pro-

Rohstoff zur Energiegewinnung: abgepackte Mais-Silage.

Foto: epd/Michael Dietrich



Foto: epd/Christian Mülhausen

Die Fütterung einer Biogasanlage.

zent Mais angebaut würden, bleibe die Biodiversität auf der Strecke. Dirscherl plädiert daher wie viele Experten für einen verstärkten Einsatz von Rest- und Abfallstoffen statt der nachwachsenden Rohstoffe in den Anlagen. Da diese aber weniger Energie liefern, spielen diese Überlegungen im großen Stil bei den Landwirten noch keine Rolle, wenn

Mancherorts gibt es schwere Verwerfungen zwischen Bürgern und Bauern und unter den Landwirten selbst.

auch durch eine Gesetzesnovelle, die zu Jahresanfang in Kraft tritt, künftig kleine Gülle-Anlagen verstärkt gefördert werden sollen. Auch der Anteil von Mais an der Biogasproduktion soll begrenzt werden. Dennoch dürfte er weiterhin Hauptenergielieferant bleiben, zumal die alten Anlagen auf zwanzig Jahre Bestandsschutz genießen.

Für Dirscherl sind in der Diskussion aber auch sozialetische Fragen wichtig. „Wenn der soziale Frieden vor Ort gestört wird und nur ein oder zwei Leute von einer Entwicklung profitieren, kann das nicht der Weg sein“, sagt er. Gerade in Teilen Schleswig-Holsteins oder Baden-Württembergs ist dies bereits der Fall. Dort gibt es schwere Verwerfungen

zwischen Bürgern und Landwirten, aber auch unter den Landwirten selbst, da beispielsweise Milchbauern die hohen Pachtpreise nicht mehr zahlen können. Mit diesen Fragen verknüpft seien die wirtschaftsethischen Probleme, sagt Dirscherl. Denn Biogasanlagen hätten den Vorteil, dass Wertschöpfung in die Region geholt werde. Wenn allerdings Investoren von außen kämen und über Beteiligungsverfahren das begehrte privilegierte Baurecht der Landwirte nutzten, sorge das für böses Blut.

Nicht alle Betroffenen sehen die Entwicklung der Biogasanlagen jedoch so kritisch wie Dirscherl. In der kleinen Kirchengemeinde Wersheim im Landkreis Ansbach, in deren Gebiet nach absoluten Zahlen in Deutschland die meisten Anlagen stehen, ist der Streit um die Energie vom Feld noch nicht angekommen. Auch wenn in den Dörfern mit gerade einmal fünfhundert Gläubigen vier Anlagen stehen, ist das für Pfarrer Johannes Wachowski kein großes Problem. Er hofft vielmehr darauf, dass die Nahwärmeleitung von der Biogasanlage einmal bis zur Kirche verlängert werden wird. Die Zusammenarbeit mit den Landwirten sei gut, berichtet er. Wenn es etwas für die Kirche zu tun gebe, stünden sie ihm zur Seite. Sicher, die Ernte rund um die Uhr sei eine Belastung, aber eben nur kurzfristig, meint Wachowski.

Eine schöpfungstheologische Begründung gegen den Maisanbau sieht er zumindest grundsätzlich nicht, wenngleich er einschränkt: „Dreißig Jahre Mais auf einer Fläche, das kann nicht gut gehen.“ Klarer ist seine Position zu Weizen oder Roggen. Das Getreide wird teilweise noch im Wachstumsstadium als so genannte „Ganzpflanzensilage“ geerntet und neben dem Mais in den Biogasanlagen eingesetzt. Das sorge zwar für Fruchtfolge, aber wertvolle Nahrungsmittel gingen dabei verloren. Allerdings: Der Wandel des Landwirts zum Energiewirt sei politisch gewollt, so Wachowski. Vielen bleibe gar nichts anders übrig, als entweder den Hof aufzugeben oder auf Biogas zu setzen.

Diese Problematik greift auch Pastor Friebe von der hannoverschen Landeskirche auf. Die Diskussion werde oft zu einseitig geführt, sagt er. Die Pastoren, die er berät, stünden in einem Spannungsverhältnis. Landwirte mit jahrzehntelanger Bindung an die Kirche stünden plötzlich mit dem Rücken zur Wand. „Die Kirche ist in einer völlig neuen Rolle“, sagt er. Denn das Leben auf dem Land habe sich komplett geändert, die Bauern stünden unter erheblichem Druck, der wenig wahrgenommen werde. Die moderne Landwirtschaft wird komplett überwacht, alles muss dokumentiert werden und wenn etwas nicht stimmt, gibt es keine Prämien. Das allgemeine Bild von der Landwirtschaft stamme aus Bilderbüchern, verkitschten Fernsehserien oder auch romantisierenden Zeitschriften, sagt Friebe. Und nicht nur die Menschen in den Städten hätten sich von der Landwirtschaft entfremdet. Aus diesem Umfeld komme dann viel Kritik an den Landwirten, gleichzeitig wollten die Menschen aber möglichst wenig für die Lebensmittel zahlen.

„Ich sage zu den Landwirten immer, kommt runter vom Trecker, redet mit den Leuten.“ Die Biogasfrage könne nicht ohne ihren Kontext diskutiert werden. Wer die Energieproduktion aus Mais kritisiere, müsse auch die Lebensmittelpreise, den Autoverkehr und die Agrartreibstoffe berücksichtigen. Ganz klar sei aber: „Die Produktion von Lebensmitteln muss vorrangig behandelt werden, alles andere nachrangig.“ ◀